

SP Kanton Bern - Postfach 2947 - 3001 Bern

Sicherheitsdirektion  
Kramgasse 20  
3011 Bern  
[politischegeschaefte.sid@be.ch](mailto:politischegeschaefte.sid@be.ch)



Bern, 16. Juni 2020

## **VERNEHMLASSUNGSANTWORT**

### **Revision des Gesetzes über die Besteuerung der Strassenfahrzeuge**

Sehr geehrter Herr Sicherheitsdirektor  
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Einladung zur Vernehmlassung zur Revision des Gesetzes über die Besteuerung der Strassenfahrzeuge. Gerne nimmt die Sozialdemokratische Partei des Kantons Bern (SP Kanton Bern) dazu fristgerecht Stellung.

#### **Grundsätzliches**

Die SP Kanton Bern setzt sich schon seit Jahrzehnten für einen ökologischeren Verkehr ein und unterstützt deshalb die vorliegende Reform der Motorfahrzeugsteuern. Die SP-JUSO-PSA Fraktion hat daher die Motion Trüssel im Grossen Rat grossmehrheitlich unterstützt, damit dank dem Gesamtpaket der Motion überhaupt diese ökologische Reform angepackt werden konnte. Allerdings ist die SP weiterhin der Ansicht, dass die Verknüpfung mit einer Steuersenkung für natürliche Personen eigentlich systemfremd und tendenziell unsozial ist. Von einer Steuersenkung für natürliche Personen profitieren nämlich vor allem Gutverdienende während die Motorfahrzeugsteuer unabhängig vom Einkommen erhoben wird.

Aus Sicht der SP müssten Erträge aus der Motorfahrzeugsteuer stattdessen vollumfänglich wieder für den Verkehr verwendet werden. Einerseits sollen damit umweltfreundliche Verkehrsträger gefördert werden. Andererseits sollen Menschen, die zwingend auf ein Motorfahrzeug angewiesen sind, entlastet werden. Aus verschiedenen Gründen wie etwa einer Behinderung oder auch wegen der Arbeitssituation können manche Menschen gar nicht auf das Auto verzichten. Dem muss Rechnung getragen werden. Zudem ist es uns wichtig zu betonen, dass Mobilität ein Grundbedürfnis ist und deshalb für alle Menschen bezahlbar bleiben muss. Verteuert sich das Autofahren aufgrund der erhöhten Motorfahrzeugsteuer, muss die öffentliche Hand den Zugang zu kostengünstigen Alternativen sicherstellen. Die angestrebte Verkehrswende muss sowohl ökologisch als auch sozialverträglich sein.

Die SP war in der vorberatenden Fachkommission vertreten und setzte sich dort stark für die Anwendung des CO<sub>2</sub>-Kriteriums ein, obwohl dieses Kriterium momentan technisch nicht ganz einfach umzusetzen ist (unterschiedliche Messmethoden, fehlende Messwerte etc.) und bei kleinen Motorfahrzeugen über die Motorenleistung abgebildet wird. Die SP ist aber überzeugt, dass mit der skizzierten, pragmatischen Vorgehensweise der ökologische Anteil der Fahrzeugbesteuerung gelingt. Die SP verlangt, dass der ökologische Anteil in Zukunft noch viel stärker gewichtet wird. Mit konkreten Beispielen von Motorfahrzeugen hat die Revision gezeigt, dass die neue ökologische Komponente akzeptable Steueranpassungen mit sich bringt. Die SP verlangt, dass die derzeit angepeilte Anhebung der Motorfahrzeugsteuern ein absolutes Minimum darstellt und in Zukunft nicht unterschritten werden darf. Die vorliegende Kompromisslösung wird als erster Schritt in die richtige Richtung honoriert.

Dieser Kompromiss wurde aber vor Beginn der Coronavirus-bedingten Situation ausgehandelt. Seitdem hat der Kanton Bern in kürzester Zeit massive Ausgaben tätigen müssen. Die SP verlangt deshalb, dass die vorliegende Revision dazu genutzt wird, den Staatshaushalt durch entsprechende Einnahmen wieder ein Gleichgewicht zu bringen. Die SP verlangt, dass der Regierungsrat die Steuersätze so festlegt, dass der Verlust der 100 Millionen Franken (pro Jahr), welche durch die Senkung der Motorfahrzeugsteuer 2012 entstanden ist, mindestens wieder wettgemacht wird. Gleichzeitig verlangt die SP, dass diese zusätzlichen Mittel zur Stärkung des öffentlichen Verkehrs und des Langsamverkehrs eingesetzt werden. Damit die Erhöhung der Motorfahrzeugsteuer tatsächlich eine ökologische Wirkung erzielt, müssen die Menschen auf umweltfreundlichere Verkehrsmittel umsteigen. Das tun sie aber nur, wenn ihnen attraktive und zugleich bezahlbare Alternativen angeboten werden. Es braucht deshalb im ganzen Kanton eine flächendeckende Ausweitung des öffentlichen Verkehrs und einen umfassenden Ausbau schneller Velorouten für den Pendler\*innenverkehr.

In dem Sinne unterstützt die SP ausdrücklich auch die Kompetenzdelegation an den Regierungsrat, damit die Steuertarife angepasst werden können. Ebenfalls unterstützt die SP die Aufhebung des Flottenrabattes und die Optimierung der Steuerbefreiungen. Gerade diese Optimierung stellt auch eine Vereinfachung dar, was kommunikativ eine Chance ist.

## **Bemerkungen zu einzelnen Artikeln**

### **Art. 2**

Die 40 Mio. Franken sind aufgrund der überwiesenen Motion Trüssel gegeben. Für die SP stellt der Betrag aus ökologischen Gründen ein absolutes Minimum dar, welches nicht unterschritten werden darf.

### **Art. 4a**

Die präzisere gesetzliche Verankerung der Steuerbefreiung zugunsten von Personen mit Behinderungen ist für die SP ein wichtiges Zeichen. Wer wirklich zwingend auf ein Auto angewiesen ist, soll keine Motorfahrzeugsteuer bezahlen müssen.

### **Art. 7, Abs. 1**

Die SP verlangt ein deutlich stärker ansteigendes System beim Gesamtgewicht der Personenwagen (>1% pro 100kg über 1'000kg), damit die sehr grossen SUV und 4x4 Fahrzeuge in einem vertretbaren und sinnvollen Ausmass belastet werden. Die Anzahl dieser Fahrzeuge in Übergrösse nimmt laufend zu und führt zu einer insgesamt überdurchschnittlichen Belastung des Verkehrssystems.

**Art. 7, Abs. 2**

Der ansteigende Tarif bei den CO<sub>2</sub>-Emissionen wird sehr unterstützt. Auch hier verlangt die SP eine stärkere Steigerung. Daher erwartet die SP, dass der Regierungsrat in diesem Sinn später die Tarife anpasst, wenn die Steuereinnahmen sinken sollten.

**Art. 7, Abs. 3**

Der Regierungsrat soll auch «die einzelnen Tarife und den Steueranteil ...» festlegen. In der vorliegenden Fassung fehlt nach unserer Meinung die Kompetenz der erstmaligen Festsetzung der Tarife durch den Regierungsrat. (Art. 10d regelt die späteren Tarifierpassungen).

**Art. 9, Abs. 1 und 2**

Die SP schlägt vor, dass auch hier Bandbreiten der Tarife festgelegt werden analog dem neuen Art. 7, obwohl die Summe dieser Steuern nur rund 3% der Gesamtsumme aller Motorfahrzeugsteuern ausmachen. Uns scheinen parallele Anpassungen zum Art. 7 psychologisch wichtig. Der Regierungsrat soll auch da die Tarife und den Steueranteil der beiden Komponenten festlegen.

**Art. 10d**

Es ist klarzustellen, dass der Regierungsrat auch die ersten Tarife festlegen darf. Die Tarifierpassung soll auch auf Art. 9 ausgeweitet werden, falls auch da Bandbreiten definiert werden.

Die SP Kanton Bern erwartet zudem auch möglichst rasch eine ökologische Reform bei der Besteuerung von Fahrzeugen und Lastwagen, welche nicht durch diese Gesetzesrevision betroffen sind.

**Art. 14a**

Dieser Artikel ist zu streichen. Aus unserer Sicht ist es nicht nötig, Veteranenfahrzeuge bevorzugt zu behandeln.

Wir danken Ihnen bestens für die Möglichkeit zur Stellungnahme und eine wohlwollende Berücksichtigung unserer Überlegungen.

Freundliche Grüsse

Sozialdemokratische Partei des Kantons Bern  
Parti socialiste du canton de Berne



Mirjam Veglio  
Co-Präsidentin



Ueli Egger  
Co-Präsident



David Stampfli  
Geschäftsführender Parteisekretär